

Antwort auf die Wahlprüfsteine der Brandenburger Studentenwerke

Soziale Infrastruktur

1. Was wird Ihre Partei tun, damit Studentenwerke auch weiterhin ein geeignetes Instrument zur Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen Brandenburgs bleiben?

Studentenwerke sind ein wichtiger Partner des Landes bei der Gestaltung der sozialen Rahmenbedingungen des Studiums. Aus unserer Sicht besteht eine gemeinsame Verantwortung, diese Rahmenbedingungen zu optimieren. So sollten das Land und die Studentenwerke gemeinsam nach Wegen suchen, um die Wohnraumsituation der Studierenden zu verbessern. Das Land sollte mit finanzieller und logistischer Unterstützung dazu beitragen, den Studentenwerken eine langfristige Planungssicherheit zu geben.

2. Wie bewerten Sie den im Mai 2019 von der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) verabschiedeten „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ (Nachfolger des Hochschulpaktes), in dem abermals keine expliziten Mittel für den Ausbau der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen vorgesehen sind?

Es ist positiv zu bewerten, dass es einen Nachfolger des Hochschulpaktes gibt. Ebenfalls begrüßen wir, dass den Stadtstaaten und den ostdeutschen Ländern eine Sonderfinanzierung für den Erhalt bereits geschaffener Studienplätze zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht wurden allerdings wichtige Anreize zum Thema „Gute Lehre“ und „Gute Arbeit“ verpasst. Auch halten wir das Abschmelzen des Qualitätspaktes Lehre für falsch, weil die universitäre Lehre auch weiter im Fokus stehen muss. Nach den Jahren des schnellen Wachstums der Hochschulen wäre nun eine Phase der qualitativen Verbesserung von Studium und Lehre angemessen gewesen. Im Übrigen teilen wir die Notwendigkeit eines Sozialpaktes, der u.a. den Bau und die Sanierung von Sozialeinrichtungen an den Universitäten sowie die Wohnraumsituation in den Blick nimmt.

3. Wird Ihre Partei die Digitalisierung der Studentenwerke fördern, so dass die Dienstleistungen weiterhin zukunftsorientiert und an den Bedürfnissen der Studierenden ausgerichtet werden können?

Ja, das wird sie. Das Thema wird bei nächsten Haushaltsverhandlungen in den Blick genommen.

4. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei initiieren, damit die Brandenburger Studentenwerke im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen auch der wachsenden Anzahl von Studierenden aus dem Ausland gerecht werden können?

Wir werden gemeinsam mit den Studentenwerken analysieren, welche konkreten Bedarfe bestehen, anschließend die Angebote weiterentwickeln und Lösungen anstreben, um das Beratungsangebot für ausländische Studierende zu verbessern.

5. Wie steht Ihre Partei zu dem Beschluss der derzeitigen Landesregierung, den Standort des MWFK von Potsdam nach Cottbus zu verlegen?

Der Vorschlag der Landesregierung liegt auf dem Tisch. Ein fertiges Konzept gibt es aber noch nicht. Genauso wenig kann bereits jetzt eine abschließende Bewertung der Initiative erfolgen. Eine solche Bewertung sowie eine entsprechende Beschlussfassung bleiben dem neuen Parlament und der neuen Landesregierung vorbehalten. Uns ist wichtig, dass die entsprechenden Entscheidungen nicht ohne die Beschäftigten getroffen werden.

Studienfinanzierung BAföG

1. Inwiefern ist das BAföG nach wie vor ein geeignetes Instrument, um jungen Menschen einen Weg ins Studium zu ebneten?

Für uns LINKE ist Chancengerechtigkeit keine leere Worthülse. Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem mit der Möglichkeit des Bildungsaufstiegs und Karrierechancen für alle. Um ein Studium unabhängig von der sozialen Situation der Betroffenen zu ermöglichen, ist und bleibt BAföG ein wichtiges Instrument. Das bedingt jedoch eine Weiterentwicklung bzw. Reform. Wir wissen, dass die Bedarfssätze viel zu gering sind und auch die Wohnpauschale nicht ausreicht. Wir wollen verhindern, dass bestimmte Studienorte von vornherein unerschwinglich für BAföG-Empfänger sind.

2. Was können Sie dafür tun, damit das BAföG wieder für mehr Studierende relevant wird?

Wir werden uns weiterhin für eine umfassende BAföG-Reform einsetzen.

Studentisches Wohnen

1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den Hochschulstädten mehr bezahlbarer Wohnraum zu finden ist bzw. dieser erhalten bleibt?

Studentische Wohnungen sind in einigen Städten Mangelware oder bereits unerschwinglich. Das ist zum Teil auch im Land Brandenburg der Fall. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen nach Flächen für entsprechende Neubauten suchen. Darüber hinaus arbeiten wir auf eine Richtlinie hin, die es ermöglicht, bei der Errichtung von Studentenwohnungen auf der Grundlage des Wohnraumförderungsgesetzes die Fördermittel für Sozialen Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen.

2. Wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei Fördermittel auch für die Sanierung und den Erhalt vorhandener Studentenwohnanlagen zur Verfügung stellen?

Prinzipiell ja, das haben wir in Frankfurt/Oder bereits getan.

3. Wird Ihre Partei spezielle Förderprogramme entwickeln, mit deren Hilfe die Studentenwerke neu bauen und auch sanieren können? Werden diese so geregelt sein, dass gleichzeitig Fördergelder beim Bund bewilligt werden können, ohne dass es zu Abzügen kommt?

Ja, das könnte auf der Grundlage des gerade erst beschlossenen Wohnraumförderungsgesetzes geschehen.

4. Wie stehen Sie dazu, dass die Brandenburger Studentenwerke derzeit Darlehen ausschließlich beim Land aufnehmen dürfen?

Das Thema ist bei uns noch in der Diskussion.

Mensen und Cafeterien

1. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Mensen und Cafeterien zur Verfügung steht?

Das Problem ist uns bekannt. Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung in diesem Bereich muss bei der Weiterentwicklung der Campi mitgedacht werden. Bereits jetzt sind Engpässe spürbar. Wir wollen, dass sich das Land an den Kosten beteiligt.

2. In den Brandenburger Landeskantinen zahlen die Bediensteten einen günstigeren Preis als Gäste. Wie bewerten Sie den Umstand, dass diese Vergünstigung für Hochschulbedienstete abgeschafft wurde und diese seitdem in den Mensen den teureren Gästepreis zahlen müssen?

Die Grundlage für diese Entscheidung war ein Landesrechnungshofbericht. Wir halten das für falsch und werden eine Prüfung veranlassen.

3. Wie positioniert sich Ihre Partei zu der Forderung nach gesunder, nachhaltiger und regionaler Verpflegung für Studierende und deren Finanzierung?

Eine gesunde, nachhaltige und regionale Verpflegung für Studierende, die bezahlbar bleibt, ist uns sehr wichtig. Notfalls muss das subventioniert werden.

Soziales

1. Wie wichtig sind Ihrer Partei die verlässliche und nachhaltige Finanzierung sozialer Beratungsleistungen?

Diese Beratungsleistungen sind sehr wichtig. Es gibt sie ja bereits und sie können weiter ausgebaut werden. So hat es sich als sinnvoll ergeben, die Sozialsituation der Student*innen in den Blick zu nehmen, um möglichen Studienabbrüchen entgegenzuwirken.

2. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?

Diese Vereinbarkeit halten wir für essenziell und wir werden uns immer für sie stark machen. Daher treten wir für die Ermöglichung alternativer Studienmodelle ein, etwa geeigneter Formen eines Teilzeitstudiums. Diesbezügliche Voraussetzung fehlen allerdings oft, so auch im Bafög. Wir wissen, dass der Wissenschaftsbetrieb nicht gerade familienfreundlich ist. Hier gibt es kaum die Möglichkeit, zu planen. Auch Befristungen oder nicht bezahlte Tätigkeiten (wie etwa unbezahlte Lehraufträge) stehen der Familienplanung im Wege. Wir sollten das Mögliche tun, Studium und Familie zu vereinbaren und erkennen hier viel Korrekturbedarf.